

Widerspruch ohne Feindbild

Bill Clinton soll in einem Kommentar zu Donald Trumps Rede am Mount Rushmore gesagt haben, er habe diese Rede sorgfältig gelesen. Sehr sorgfältig. Und er fügte sinngemäß hinzu: Die Worte eines Präsidenten an einem solchen Ort seien nie nur Worte.

Das ist ein starker Satz. Vielleicht sogar ein staatstragender Satz. Denn Mount Rushmore ist keine beliebige Kulisse. Wer dort spricht, stellt sich vor die in Stein gehauene Erinnerung an amerikanische Präsidenten. Er spricht nicht nur zu seinen Anhängern. Er spricht in den symbolischen Raum der Nation hinein.

Genau deshalb lohnt es sich, auf solche Orte, Bilder und Worte zu achten. Trump sprach dort von einer kommunistischen Bedrohung im eigenen Land. Berichte über die Rede beschreiben, wie er politische Gegner und Einwanderer mit dieser Bedrohung in Verbindung brachte. Damit wird aus politischem Streit mehr als Streit. Es entsteht der Verdacht, dass Mitbürger nicht mehr als Mitbürger erscheinen, sondern als Gefahr für die Nation.

Clintons Einwand trifft deshalb nicht nur Trump. Er trifft jeden von uns, der mit Sorge auf die Entwicklung der Demokratie schaut.

Ich schaue mit ernster Sorge auf die Orte, an denen Demokratien sich zurückentwickeln. Ich staune über Giorgia Meloni, die in Italien einen eigenen, nicht einfach kopierbaren Weg geht. Ich verstehe Marine Le Pen oft nur mühsam, wenn sie den erregungsfreudigen Franzosen ein kämpferisches „Marchons!“ entgegenschleudert, während diese innerlich vielleicht antworten: „Ja, gut, aber erst trinken wir noch ein Viertelchen Roten.“ Ich sehe Viktor Orbán als Mahnung aus der jüngeren europäischen Geschichte. Ich sehe in Deutschland eine AfD, die Witterung aufgenommen hat. Nicht mehr nur Protest. Nicht mehr nur Rand. Sondern mögliche Macht.

Und dann stellt Clinton mir eine unbequeme Frage: Wenn du denen vorwirfst, Millionen von Mitbürgern zu Feinden zu erklären — tust du dann nicht vielleicht selbst etwas Ähnliches?

Diese Frage schmerzt. Aber sie ist heilsam.

Denn es gibt eine gefährliche Spiegelung. Wer autoritäre Politik bekämpft, kann im Affekt autoritär sprechen. Wer die Demokratie verteidigen will, kann versucht sein, den Begriff des Mitbürgers preiszugeben. Wer Ausgrenzung kritisiert, kann selbst ausgrenzen. Wer vor Feindbildern warnt, kann eigene Feindbilder pflegen.

Vielleicht braucht demokratische Wachsamkeit deshalb eine einfache Leitfrage:

Können wir die Demokratie verteidigen, ohne den Begriff des Mitbürgers preiszugeben?

Diese Frage ist nicht weich. Sie verharmlost nichts. Sie sagt nicht: Alles ist nur Meinung. Sie sagt nicht: Man müsse jede politische Strategie freundlich begleiten. Sie sagt auch nicht: Wer Menschen abwertet, Institutionen schwächt oder Rechtsstaatlichkeit untergräbt, solle unwidersprochen bleiben.

Aber sie unterscheidet. Und diese Unterscheidung ist entscheidend.

Eine hilfreiche Parallele kenne ich aus der kirchlichen Welt. Ich habe noch gelernt, von „Sekten“ zu sprechen. Dieses Wort war schnell, scharf und erledigend. Wer so bezeichnet wurde, war fast schon aus dem Gespräch herausdefiniert. In den Neunzigern verschob sich die Sprache. Man sprach vorsichtiger von religiösen oder weltanschaulichen Gemeinschaften. Kritisiert wurde nicht mehr

zuerst die Gruppe als solche, sondern bestimmte Verhaltensweisen: Abhängigkeit, Manipulation, Ausbeutung, Druck, Abschottung, Missbrauch von Autorität.

Das war ein zivilisatorischer Fortschritt. Nicht weil jede Gemeinschaft dadurch harmlos wurde. Sondern weil die Kritik genauer wurde.

Ausgerechnet in diese Zeit platzte dann „Dominus Iesus“, jenes vatikanische Dokument, das den evangelischen Kirchen das Kirche-Sein im eigentlichen Sinn absprach. Für viele Ökumeniker war das ein Schock. Gerade hatte man gelernt, genauer, respektvoller und verhaltensorientierter zu sprechen — und plötzlich stand wieder eine Statusverweigerung im Raum: Ihr seid nicht wirklich Kirche.

Das zeigt, wie schwer dieser Lernprozess ist. Man kann ihn begriffen haben und doch wieder in alte Muster fallen. Man kann das Gespräch suchen und doch am Ende dem anderen den Namen verweigern, unter dem er sich selbst versteht.

Für die politische Auseinandersetzung könnte daraus eine Schule werden. Nicht zur Verharmlosung. Sondern zur Vermeidung politischer Hexenjagden.

Die erste Leitplanke lautet: **Gefahren benennen, nicht Menschen erledigen.**

Es ist legitim und notwendig zu sagen: Diese Rede wertet Menschen ab. Dieser Antrag schwächt Kontrolle. Diese Strategie zielt auf Einschüchterung. Diese Personalpolitik gefährdet Unabhängigkeit. Aber es ist etwas anderes zu sagen: Diese Menschen gehören nicht mehr zu uns. Demokratie braucht klare Kritik. Sie braucht keine moralische Ausbürgerung.

Die zweite Leitplanke lautet: **Verhalten prüfen, nicht Etiketten verwalten.**

Das Wort „rechtsextrem“ kann analytisch notwendig sein. Aber es darf nicht das Denken ersetzen. Entscheidend ist: Was wird gesagt? Was wird getan? Welche Rechte werden angegriffen? Welche Institutionen werden unter Druck gesetzt? Welche Gruppen werden abgewertet? Wer nur Etiketten verteilt, fühlt sich schnell überlegen. Wer Verhalten beschreibt, bleibt rechenschaftsfähig.

Die dritte Leitplanke lautet: **Institutionen nutzen, nicht nur Stimmungen steigern.**

Wenn in einem Stadtrat, einer Schulkonferenz, einem Kirchenvorstand oder einem Kreistag AfD-Sprech auftaucht, genügt Empörung nicht. Dann braucht es Verfahren. Nachfragen. Protokolle. Geschäftsordnungen. Anträge. Widerspruch. Öffentlichkeit. Manchmal auch juristische Prüfung. Demokratie ist nicht nur ein Gefühl. Sie ist eine Praxis.

Die vierte Leitplanke lautet: **Gesprächsfähig bleiben, ohne sich vereinnahmen zu lassen.**

Man darf mit Menschen sprechen, die AfD wählen. Man darf ihre Enttäuschungen, Kränkungen und Ängste ernst nehmen. Aber Ernstnehmen heißt nicht Zustimmung. Zuhören heißt nicht Nachgeben. Gesprächsfähigkeit ist keine Harmlosigkeit. Sie ist die Kunst, dem anderen die Menschenwürde nicht zu entziehen und trotzdem klar zu widersprechen.

Die fünfte Leitplanke lautet: **Vor Ort anfangen.**

Demokratie wird nicht nur in Berlin verteidigt. Sie wird auch im Lehrerzimmer verteidigt, wenn jemand Schülerinnen und Schüler nach Herkunft sortiert. Sie wird im Rathaus verteidigt, wenn Verwaltungsmitarbeiter unter Generalverdacht gestellt werden. Sie wird in der Kirche verteidigt, wenn Menschen plötzlich nur noch als „die da“ auftauchen: die Flüchtlinge, die Grünen, die Woken, die Muslime, die Alten, die Eliten. Sie wird im Verein verteidigt, wenn der erste abwertende Satz nicht unwidersprochen stehen bleibt.

Vielleicht ist das die konkrete Übung: Nicht sofort die große Rede halten. Aber auch nicht schweigen.

Man kann fragen: „Wen meinen Sie genau?“

Man kann sagen: „So pauschal möchte ich das nicht stehen lassen.“

Man kann unterscheiden: „Über diese Entscheidung können wir streiten, aber nicht über die Würde der Betroffenen.“

Man kann bitten: „Beschreiben Sie bitte das Verhalten, das Sie kritisieren — nicht eine ganze Gruppe.“

Man kann festhalten: „In diesem Raum sprechen wir nicht so über Menschen.“

Das sind kleine Sätze. Aber sie bauen Leitplanken.

Angst ist dabei verständlich. Vielleicht sogar notwendig. Angst zeigt, dass etwas auf dem Spiel steht. Aber Angst ist ein schlechter Ratgeber. Sie macht ungenau. Sie sucht Abkürzungen. Sie liebt Etiketten. Sie verwechselt Widerspruch mit Vernichtung.

Demokratische Wachsamkeit braucht etwas anderes: Kälte im Kopf und Wärme im Menschenbild.

Kälte im Kopf heißt: genau hinschauen, prüfen, dokumentieren, widersprechen, Grenzen ziehen.

Wärme im Menschenbild heißt: den anderen nicht aus dem Kreis der Mitbürger hinausdenken.

Das ist schwer. Vielleicht ist es sogar die schwerste demokratische Disziplin. Aber sie entscheidet darüber, ob wir im Widerstand gegen autoritäre Versuchungen selbst demokratisch bleiben.

Denn die Demokratie wird nicht nur dadurch beschädigt, dass ihre Gegner Macht gewinnen. Sie wird auch beschädigt, wenn ihre Verteidiger vergessen, wofür sie sie verteidigen.

Nicht Feindmarkierung. Gefahrenbenennung.

Nicht Verachtung. Widerspruch.

Nicht Ausbürgerung. Streit um die gemeinsame Welt.

Oder als Frage, die bleiben darf:

Können wir die Demokratie verteidigen, ohne den Begriff des Mitbürgers preiszugeben?